

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten¹
Informationspflicht nach Art. 13 und Art. 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
-Direkterhebung bei dem Betroffenen sowie Erhebung bei Dritten-

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a und Art. 14 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt
Der Landrat
Schloßstraße 24
07318 Saalfeld

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt: Jugendamt
Sachgebiet: SG Unterhaltsvorschuss

Kontakt:

Telefon 03671 823-867
E-Mail uvg@kreis-slf.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b und Art. 14 Abs. 1 lit. b DSGVO)

<u>Postanschrift:</u>	<u>Kontakt:</u>
Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt	Telefon 03671 823-559
Datenschutzbeauftragter	E-Mail datenschutzbeauftragter@kreis-slf.de
Schloßstraße 24	
07318 Saalfeld	

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c 1. Hs und Art. 14 Abs. 1 lit. c 1. Hs DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

- Antragserfassung und -prüfung, der Bewilligung oder Ablehnung der Auszahlung von Unterhaltsvorschussleistungen sowie der Rückforderung der gezahlten Beträge vom unterhaltspflichtigen Elternteil
- Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Leistungsträger oder anderer Stellen
- Erstellung eines Datenpools
- Datenspeicherung (gesetzliche Aufbewahrungspflicht)
- Anbietung der Unterlagen und Daten an das Kreisarchiv des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt (gesetzliche Anbieterspflicht)
- Vernichtung bzw. Löschung von Unterlagen und Daten

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c 2.Hs und Art. 14 Abs. 1 lit. c 2.Hs DSGVO)

1. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO i. V. m. §§ 68 Nr. 14, 60 Abs. 1 S. 1 und 2 erstes Sozialgesetzbuch (SGB I), §§ 67a ff. zehntes Sozialgesetzbuch (SGB X), §§ 1, 6 und 10 Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz – UhVorschG).
2. Die Datenverarbeitung zu Zwecken der Datenspeicherung (gesetzliche Aufbewahrungspflicht), der Anbietung der Unterlagen und Daten an das Kreisarchiv des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt (gesetzliche Anbieterspflicht) sowie der Vernichtung bzw. Löschung von Unterlagen und Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c und lit. e i. V. m. Abs. 2 und 3 DSGVO sowie § 16 und §17 Abs. 2 S. 2 und 3 ThürDSG i. V. m. speziellen Rechtsvorschriften, unter den Maßgaben der Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG).

¹ In dieser Ausarbeitung wird das generische Maskulinum verwendet, d.h. die verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.

5. Kategorien der personenbezogenen Daten
(Art. 14 Abs. 1 lit. d DSGVO)

Von Ihnen werden folgende Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

- | | |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Name | <input checked="" type="checkbox"/> Geburtsdatum |
| <input checked="" type="checkbox"/> Anschrift | <input checked="" type="checkbox"/> Kontaktdaten |
| <input checked="" type="checkbox"/> Geschlecht | <input checked="" type="checkbox"/> Staatsangehörigkeit |
| <input checked="" type="checkbox"/> Familienstand | <input checked="" type="checkbox"/> Beruflicher Werdegang |
| <input checked="" type="checkbox"/> wirtschaftliche Verhältnisse | <input checked="" type="checkbox"/> Schulabschluss-/ Ausbildungsnachweise |
| <input checked="" type="checkbox"/> familiäre Verhältnisse | <input checked="" type="checkbox"/> ausländerrechtlicher Status |

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern
(Art. 13 Abs. 1 lit. e und Art. 14 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- | | |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> innerhalb des Verantwortlichen: | Büro Landrat, Jugendamt, Rechtsamt, Rechnungsprüfungsamt, Ausländerbehörde, Bußgeldstelle, Kreiskasse, Kreisarchiv des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt |
| <input checked="" type="checkbox"/> Auftragsverarbeiter: | Softwaredienstleister Logo Data Erfurt GmbH (LogoData), d.velop AG/d.velop holding GmbH (d.3/d.3 one) sowie sonstige Dienstleister zur Wartung der eingesetzten Software, REISSWOLF Akten- und Datenvernichtung GmbH |
| <input checked="" type="checkbox"/> Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): | Andere Sozialleistungsträger (z. B. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesrechnungshof, Landesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, für den Bereich des Unterhaltsvorschuss zuständiges Landesministerium, ggf. Landesjugendamt, ggf. Landesverwaltungsamt, Insolvenzverwalter, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF), Ausländerbehörden. Bei anderen Elternteilen: Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch an öffentliche Stellen übermittelt werden, wie z. B. Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter. |

7. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation
(Art. 13 Abs.1 lit. f und Art. 14 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Die personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

- ja nein

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer
(Art. 13 Abs. 2 lit. a und Art. 14 Abs. 2 lit. a DSGVO)

- Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt grundsätzlich für die Dauer von 10 Jahren. Diese Frist beginnt mit Ablauf des Jahres nach Beendigung des Verfahrens zur Inanspruchnahme von Geldleistungen nach dem UhVorschG. Eine Beendigung des Verfahrens liegt generell vor, wenn das betreffende Kind volljährig wird und die Rückgriffsbearbeitung bei dem barunterhaltspflichtigen Elternteil abgeschlossen wurde. Innerhalb der genannten Frist besteht kein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten.
- Als öffentliche Stelle sind wir verpflichtet, nicht mehr benötigte Unterlagen dem Kreisarchiv des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt zur Übernahme anzubieten. Eine Löschung ist erst zulässig, nachdem die Unterlagen dem Kreisarchiv angeboten, von diesem bewertet und die Übernahme abgelehnt wurde. Das Nähere wird durch Rechtsvorschriften über öffentliche Archive geregelt [Art. 17 Abs. 3 DSGVO i. V. m. § 23 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG), Thüringer Archivgesetz (ThürArchivG), Thüringer Aufbewahrungsrichtlinie (ThürAufbewRL), Archivsatzung des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt].

9. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung
(Art. 13 Abs. 2 lit. B und Art. 14 Abs.2 lit. c DSGVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen, Art. 16 DSGVO.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden, **Recht auf Löschung** (vgl. hierzu Ziffer 8). Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, **Recht auf Datenübertragbarkeit** nach Art. 20 DSGVO.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

10. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung
Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO
(Art. 13 Abs. 2 lit. c und Art. 14 Abs. 2 lit. d DSGVO)

- Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO. Die betroffene Person hat daher das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.
- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht nicht auf einer Einwilligung. Es besteht kein Widerrufsrecht (vgl. Ziffer 4).

11. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde
(Art. 13 Abs. 2 lit. d und Art. 14 Abs. 2 lit. e DSGVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten hat der Betroffene das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLFDI), Häblerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

12. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten
(Art. 13 Abs. 2 lit. e DSGVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

- gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen:

- ja nein

Folgen der Nichtbereitstellung:

Wer Unterhaltsvorschussleistungen beim Jugendamt beantragt hat oder vom Jugendamt erhält, ist zur Mitwirkung gemäß § 1 Abs. 3 UhVorschG in Verbindung mit § 6 UhVorschG verpflichtet. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle leistungsrelevanten Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die Leistungsgewährung und Unterstützung haben können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen und die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten.

Sofern Sie dieser Mitwirkungspflicht nicht nachkommen, kann Ihr Antrag/Anliegen nicht bearbeitet werden und keine Leistungsgewährung erfolgen. Bei bereits erfolgter Leistungsgewährungen können zu viel ausgezahlte Beträge zurückgefordert werden und es kann gegen den Antragsteller ein Bußgeldverfahren betrieben werden.

Wenn Sie als unterhaltspflichtiger Elternteil die erforderlichen Daten nicht angeben, können die Daten von Dritten eingeholt werden bzw. wird von Ihrer Leistungsfähigkeit ausgegangen und der Unterhaltsvorschuss in voller Höhe von Ihnen zurückgefordert. Des Weiteren kann gegen Sie ein Bußgeld verhängt werden.

13. Quelle der personenbezogenen Daten
(Art. 14 Abs. 2 lit. f DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus den Quellen: Familiengericht, Einwohnermeldeamt, Jugendamt (Allgemeiner Sozialer Dienst, Pflegekinderdienst, Amtsvormundschaften), Sozialleistungs- und Versicherungsträger (z.B. Jobcenter, Sozialamt, Wirtschaftliche Jugendhilfe, Familienkasse, Rentenversicherung, Krankenkassen), Sozialdienste, Ausländerbehörde, Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb.

Sofern wir Ihre Daten nicht von Ihnen selbst erhalten haben, erheben wir Ihre Daten nur soweit diese im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus einer öffentlich zugänglichen Quelle:

ja nein

14. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling
Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO
(Art. 13 Abs. 2 lit. f und lit. g DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO:

ja nein

15. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck
(Art. 13 Abs. 3 und Art. 14 Abs. 4 DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden:

ja nein

Stand: April 2026
